

Bundespräsident sorgt sich um Demokratie

Von Henrik Paulitz

In einer Rede am 27. Oktober 2019 in Mannheim brachte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seine Sorge um den Fortbestand der Demokratie zum Ausdruck. Er warnte vor einer zunehmenden Polarisierung, Spaltung und Kompromissunfähigkeit der Gesellschaft. Der Bundespräsident warb für Dialogbereitschaft und für ein Verständnis für demokratische Abwägungsprozesse. Ausdrücklich warnte er vor einem „Autokraten“, vor einem selbsternannten "starken Mann".

„Nicht mehr demokratisch“

Im öffentlich-rechtlichen Sender „Phoenix“ (ARD/ZDF) wurde am 24. Juni 2019 eine [nicht-demokratische globale Umweltpolitik](#) als gewissermaßen unausweichlich dargestellt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sieht offenbar in demselben Kontext die Ge-

fahr einer substanziellen Gefährdung der Demokratie. Er ruft die Bevölkerung zu mehr Verständnis für schwierige demokratische Abwägungsprozesse auf.

Im Wortlaut

Wegen der existenziellen Bedeutung des schwierigen Spannungsfeldes dokumentiert die Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung Auszüge aus der Rede Frank-Walter Steinmeiers im Wortlaut:¹

„(...) Die jungen Menschen haben ein neues, ein großes Bewusstsein für die Notwendigkeit geschaffen, politische Antworten auf den Klimawandel zu finden. Ich würde sagen, kaum eine soziale Bewegung der letzten Jahrzehnte hat es so schnell vermocht, die öffentliche Wahrnehmung zu gewinnen und auch zu verschieben.

¹ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: Verleihung des Deutschen Umweltpreises 2019. [Rede vom 27. Oktober 2019 in Mannheim.](#)

Diese öffentliche Aufmerksamkeit schafft jetzt Gestaltungsräume, an die vielleicht die politischen Parteien selbst nicht geglaubt hatten. Diese Spielräume gilt es zu nutzen. Aber auch wenn sich der archimedische Punkt der gesellschaftlichen Debatte verschoben hat, bleibt das Ringen um die besten Lösungen weiter erforderlich, ja es gehört untrennbar mit der Demokratie zusammen.

Natürlich habe ich die unterschiedlichsten kritischen Stimmen zum sogenannten Klimapaket vernommen. Als Bundespräsident geht es mir nicht darum, einzelne Maßnahmen zu bewerten. Und es geht mir auch nicht darum, der einen oder der anderen Seite beizuspringen. Sondern mein Anliegen ist, dass aus der Enttäuschung über das Noch-nicht-Erreichte keine Entfremdung von der Demokratie wird.

Ich glaube, wir sind in der Debatte um den Klimawandel nun an einem ganz entscheidenden Punkt angelangt. Es geht um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie.

Ich warne davor, dass wir die Möglichkeiten der Demokratie kleinerreden, je größer, ja apokalyptischer wir die Herausforderung beschreiben. Und vor allem warne ich davor, in dieser Debatte die einen gegen die anderen auszuspielen: die Leidenschaft und Entschiedenheit der jungen Menschen auf der Straße gegen die vermeintliche Nüchternheit und Behäbigkeit der demokratischen Verfahren.

Im demokratischen Prozess, der jetzt in eine entscheidende Aushandlungsphase eintritt, braucht es Leidenschaft und Entschiedenheit ebenso wie Dialogbereitschaft und Vernunft. Und als Demokratinnen und Demokraten müssen wir eben auch beides sein, radikal verständigungsbereit und leidenschaftlich vernünftig.

Ich glaube zutiefst an die Handlungsfähigkeit der Demokratie, weil ihr die Korrekturfähigkeit miteingebaut ist. Diese Demokratie hat in ihrer Geschichte gezeigt, dass sie nicht starr ist, dass sie an ihren Aufgaben wachsen kann. Und wachsen muss sie auch im Angesicht dieser Herausforderung und mit ihr diejenigen, die Verantwortung tragen.

Aber denen, die jetzt an der Demokratie Zweifel säen, will ich entgegenrufen: Welche andere Staatsform trägt in sich überhaupt eine solche Kraft zur Erneuerung? Kein Einzelkämpfer, kein Autokrat, kein selbsternannter "starker Mann" wird diese Stärke der Demokratie je aufbringen können!

Und auch das: Kein Kabinett von Experten und Wissenschaftlern, auch kein Kabinett von Klimaforschern, könnte uns – bei allen unumstößlichen Erkenntnissen – die Zielkonflikte, die schmerzhaften Abwägungen und Aushandlungen abnehmen, die jetzt anstehen.

Natürlich, wir brauchen eine ökologische Transformation, die den Erkenntnissen der Klimawissenschaft gerecht wird. Aber wie bei jedem tiefgreifenden Strukturwandel – denken Sie an die Kohleregionen – gibt es Menschen, die von diesem Wandel besonders stark betroffen sind. Menschen, die Sorge haben, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Und die in Regionen wohnen, in denen sie befürchten müssen, dass auch ihre Kinder dort keine Arbeit mehr finden. Das darf kein Vorwand sein, die notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz einfach zu unterlassen. Aber wir dürfen diese Sorgen auch nicht einfach überheblich ignorieren.

Gemeinsam muss es uns gelingen, dass aus Umwelt- und Klimaschutz keine polarisierende Identitätspolitik wird, keine Spaltung zwischen den

Arbeitnehmern der Autoindustrie und den Blockierern von Straßen, zwischen Landwirten und Naturschützern, zwischen denen, die es sich leisten können, und denen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen. (...)“

Fazit

Die Akademie Bergstraße empfiehlt, die Warnungen des Bundespräsidenten vor einer Gefährdung der Demokratie sehr ernst zu nehmen, intensiv darüber nachzudenken und eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen.